

# ERGEBNISSE DES UN-KLIMAGIPFELS IN MONTREAL

STAATENGEMEINSCHAFT VERABSCHIEDET KONKRETEN  
VERHANDLUNGSFAHRPLAN FÜR KLIMASCHUTZ AB 2012



## **Zusammenfassung**

Der UN-Klimagipfel in Montreal vom 28.11. bis 9.12.05 (COP11/MOP1) war der erste nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls. Er hatte drei zentrale Aufgaben, die die kanadische Regierung mit drei "I" zusammengefasst hatte: Implementation, Improvement und Innovation (Umsetzung, Verbesserung, Innovation). Gegliedert nach diesen drei Schlagwörtern fasst das vorliegende Papier die wesentlichen Ergebnisse des Klimagipfels zusammen.

## **Impressum**

### **Autoren:**

Christoph Bals, Manfred Treber, Sven Anemüller, Dustin Neuneyer, Gerold Kier

### **Herausgeber:**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon 0228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon 030/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Januar 2006

Bestellnr.: 06-2-01

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**<http://www.germanwatch.org/rio/c11-hg06.htm>**

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>I-nnovation: Der Post-2012-Verhandlungsprozess beginnt</b> .....	<b>4</b>
2.1	Verhandlungen für Post-2012-Verpflichtungen der Kyoto-Industriestaaten .....	4
2.2	Die Tür geöffnet für den Decarbonisation Track für Schwellenländer .....	5
2.3	Start eines Dialoges zu langfristigen kooperativen Aktionen zum globalen Klimawandel unter der Klimarahmenkonvention .....	5
2.4	Reduzierung der Entwaldung in Entwicklungsländern .....	6
<b>3</b>	<b>I-mplementation</b> .....	<b>7</b>
<b>4</b>	<b>I-mprovement</b> .....	<b>8</b>
4.1	CDM.....	8
4.2	Adaptation Fund.....	10
4.3	Statistische Basis für Einbezug des Flugverkehrs klären - wieder gescheitert.....	10
<b>5</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>12</b>
Anh. 1:	Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen .....	12
Anh. 2:	Reuters-Meldung "Thousands March in Montreal to Urge Climate Action" .....	14
Anh. 3:	Decision -/CMP.1. Consideration of commitments for subsequent periods... ..	15
Anh. 4:	Artikel "Climate Solutions: One world, or none" von K.C. Golden .....	16
Anh. 5:	Decision -/CMP.1. Procedures and mechanisms relating to compliance under the Kyoto Protocol. - XV. Consequences applied by the Enforcement Branch.....	18

# 1 Einleitung

Der UN-Klimagipfel in Montreal vom 28.11. bis 9.12.05 (COP11/MOP1) war der erste nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und der erste auf nordamerikanischem Boden.<sup>1</sup> Die kanadischen Gastgeber hatten den Gipfel durch eine intensive Reisediplomatie exzellent vorbereitet und auch die Zivilgesellschaft darin unterstützt, hinsichtlich des globalen Klimawandels einen Bewusstseinschub in der kanadischen Bevölkerung zu erreichen. Am sichtbarsten wurde das bei der Demonstration am Samstag den 3. Dezember 2005. Die Veranstalter zählten 20 bis 30.000 Demonstranten, die Polizei 6.000, die bei eisiger Kälte auf zwei Demonstrationsrouten zum Konferenzzentrum zogen (siehe Anhang 2).

Der Klimagipfel hatte drei zentrale Aufgaben, die die kanadische Regierung mit drei "I" zusammengefasst hatte: Implementation, Improvement und Innovation (Umsetzung, Verbesserung, Innovation). Anhand dieser drei Schlagwörter lassen sich auch die wesentlichen Ergebnisse des Klimagipfels gliedern.<sup>2</sup>

## 2 I-nnovation: Der Post-2012-Verhandlungsprozess beginnt

Die große Herausforderung des Gipfels lag darin, den Durchbruch für ernsthafte Verhandlungen für die Zeit nach 2012 ("Post-2012-Zeit") zu schaffen. Der erhoffte Durchbruch wurde auf vier eng miteinander vernetzten Ebenen geschafft, die in den folgenden vier Abschnitten behandelt werden.

### 2.1 *Verhandlungen für Post-2012-Verpflichtungen der Kyoto-Industriestaaten*

Erstens einigten sich die Kyoto-Staaten auf den Startschuss für Verhandlungen, die für die Industrieländer die Post-2012-Verpflichtungen fest legen sollen. Man hat sich darauf geeinigt, dass diese Ergebnisse rechtzeitig vorliegen sollen<sup>3</sup>, so dass 2012 keine Lücke entsteht. Konkret heißt das, dass rechtzeitig, also spätestens 2008 oder 2009, ein Ergebnis vorliegen muss, damit die zweite Verpflichtungsperiode 2012 beginnen kann.

Es wurde festgelegt, dass die Staaten ihre Eingaben bis zum 15. März 2006 vorlegen müssen, in denen sie erste Vorschläge für Post-2012-Verpflichtungen vorlegen. Auf der Verhandlungsrunde im Mai 2006 in Bonn (SBSTA 24) soll es ein erstes Treffen der neuen Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu diesem Thema geben.

---

<sup>1</sup> Zu den Ausgangsbedingungen siehe auch Anhang 1

<sup>2</sup> Der genaue Wortlaut der offiziellen Beschlüsse ist zu finden unter: [http://unfccc.int/meetings/cop\\_11/items/3394.php](http://unfccc.int/meetings/cop_11/items/3394.php). Einige wichtige Beschlüsse bzw. Auszüge daraus sind auch im Anhang dieses Papiers zu finden.

## **2.2 Die Tür geöffnet für den Decarbonisation Track für Schwellenländer**

Zweitens wurden auch Verhandlungen zur Überprüfung der Angemessenheit des Kyoto-Protokolls gestartet. Anders als von der kanadischen Verhandlungsleitung zunächst vorgeschlagen, wurde damit auch ein Verhandlungsweg über den Artikel 9 des Kyoto-Protokolls eröffnet. Die EU und andere Kyoto-Vertragsstaaten einschließlich wichtiger Schwellenländer können auf diesem Weg konstruktive und innovative Vorschläge einbringen, wie das Kyoto-Protokoll so entwickelt werden kann, dass wichtige Schwellenländer nach 2012 in relevanter, aber (gegenüber Industrieländern) abgestufter Weise Verpflichtungen übernehmen. Dieser Verhandlungspfad könnte sich zum "Decarbonisation Track" (Dekarbonisierungs-Pfad)<sup>4</sup> entwickeln: ohne absolute Reduktionsziele, aber mit einer deutlichen Verpflichtung für Schwellenländer, treibhausgasärmere Entwicklungspfade zu wählen. Bis September 2006 sollen hierzu Vorschläge eingereicht werden.

## **2.3 Start eines Dialoges zu langfristigen kooperativen Aktionen zum globalen Klimawandel unter der Klimarahmenkonvention**

Zum zweiten Mal nach dem Bonner Klimagipfel (COP 6b), auf dem die anderen Industriestaaten den Mut hatten, auch ohne USA ein Ja zu Kyoto zu sagen, hat die US-Delegation sich verkalkuliert. Sie hatte fest damit gerechnet, dass die EU und Japan nicht den Mut haben würden, notfalls auch einen Verhandlungsprozess für die Zeit nach 2012 ohne die USA zu starten. Und sie wollten dann - angesichts der vermuteten mangelnden Fortschritte beim Gipfel -, am Ende die Asien-Pazifik-Initiative aus der Tasche ziehen, als zwar zahnlose aber angeblich bessere Alternative. Doch dann kam alles anders. Die EU und Japan hatten den Mut, voranzugehen; China, Indien und Japan als Kyoto-Staaten verweigerten sich einem Ansatz, die Asien-Pazifik-Initiative als Alternative zu Kyoto aufzubauen. Und dann kam noch der Druck durch US-Bürgermeister, Senatoren und schließlich sogar Bill Clinton, wodurch auch die US-Medien aufwachten<sup>5</sup>. Schließlich waren es die USA, die am Schluss umkippten und sich auf einen Prozess auf Konventionsebene einließen.

Am Tag vorher war der Delegationsleiter der USA, Harlan Watson, noch erregt aus dem Verhandlungsraum gestürmt. Dieses Papier könne er niemals unterzeichnen. "Dieser Prozess schnattert wie eine Ente, er bewegt sich wie eine Ente - er ist eine Ente". Dann verließ er mit breitem Lachen den Raum. Doch nicht der Prozess, sondern Harlan Watson erwies sich als lahme Ente. Am nächsten Tag hatte er - wohl weil EU, Japan und wichtige Schwellenländer nicht wankten<sup>6</sup> und aufgrund des Mediendrucks in den USA - neue Weisung und stimmte dem Papier mit wenigen redaktionellen Änderungen zu. Und Har-

---

<sup>3</sup> siehe entsprechender COP/MOP1-Beschluss in Anhang 3

<sup>4</sup> Für eine Erläuterung der Pfade siehe Positionspapier "Konsultation der EU-Kommission zu Klimaschutz nach 2012: Stellungnahme von CAN Europe", S. 6-8, <http://www.germanwatch.org/rio/can-eu04.htm>

<sup>5</sup> Eine schöne Beschreibung der zwei Americas auf dem Gipfel in Montreal gibt der Artikel "Climate Solutions: One world, or none" von K.C. Golden - siehe Anhang 4

<sup>6</sup> Es ist bemerkenswert, dass die deutsche Kanzlerin Merkel, den deutschen Umweltminister Gabriel ausdrücklich darin unterstützte, dem Druck der USA nicht nachzugeben. "Sie ist mein Rückgrat", meinte Gabriel nach dem Telefonat erfreut.

Ion Watson musste damit leben, dass er einen neuen Spitznamen hatte ("Duck" Watson) und ihm, wo immer er auftauchte, NGO-Vertreter Spielzeugen entgegenhielten.

Jenseits dieser Spielereien ist hiermit ein Prozess etabliert, in dem die USA - vor allem, wenn sie mal wieder eine in dieser Frage rational agierende Regierung hat -, ihre Rückkehr in den internationalen Klimaschutz vorbereiten kann. Auch freiwillige Verpflichtungen der Schwellen- und Entwicklungsländer können in diesem Kontext verhandelt werden. So stellten etwa Brasilien und andere Entwicklungsländer den Vorschlag zur Debatte, dass sie freiwillig ihre Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgasen verstärken wollen. Ab einem bestimmten Punkt würden sie für Zusatzmaßnahmen allerdings Kompensationszahlungen dafür erwarten. Im Wall Street Journal vom 12.12.05 wird der US-Verhandlungsführer als interessiert an dieser Idee zitiert: "Harlan Watson, the U.S.'s chief climate negotiator, called the idea of voluntary moves by developing countries 'an encouraging sign.' Whether it will affect the U.S. position, he said, depends on 'how it plays out.'"

Im Verlauf dieses Dialoges kann auch über die Weiterentwicklung der Klimarahmenkonvention, den 5-Jahresplan für Anpassung an den Klimawandel, die Weiterentwicklung von Marktmechanismen oder die Nutzung des Technologischen Potenzials verhandelt werden

Bis zum 15. April sollen Eingaben für diesen Prozess eingereicht werden. Bis zu vier Workshops soll es dann dazu in den nächsten vier Jahren geben.

## **2.4 Reduzierung der Entwaldung in Entwicklungsländern**

Die fortschreitende Entwaldung ist nicht nur, aber auch aus klimapolitischer Sicht ein großes Problem. Hierzu wurde ein wichtiger Verhandlungsprozess gestartet, wie die internationale Gemeinschaft Anreize für das Abbremsen der Entwaldung (vor allem in Entwicklungsländern) setzen kann.

Für diese Verhandlungen wurde der Rahmen bis COP 13 (Klimagipfel 2007) abgesteckt. Damit könnte im besten Fall endlich ein wirksames Instrument gegen die rasante Abholzung von Regenwäldern entstehen. (Im schlimmsten Fall könnte eine Menge "heiße Luft" in das Klimaregime geraten, etwa wenn ein unrealistischer Business-as-usual-Weg als Referenzszenario zu Grunde gelegt wird.) Es war interessant zu sehen, dass wichtige Regenwaldstaaten sich für ein solches Instrument einsetzten.

Alle Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention können bis zum 31. März 2006 beim Klimasekretariat Eingaben zu den wissenschaftlichen, technischen und methodischen Fragen einreichen. Dabei sollen sie auch ihre Vorstellungen zu Politikansätzen und positiven Anreizen mitteilen, ebenso Vorschläge zum weiteren Prozess. Auf der Nebenorganisation SBSTA24 (Mai 2006) sollen die Informationen der Eingaben diskutiert werden.

Die Ergebnisse eines auf dieser Basis stattfindenden Workshops sollen dann im November 2006 im Rahmen der SBSTA25-Sitzung auf der COP12 (Klimagipfel 2006 - vermutlich in Nairobi) berichtet werden. Ein Jahr später sollen dann die vorläufigen Verhandlungsergebnisse von SBSTA27 der COP13 (Klimagipfel 2007) zur weiteren Verhandlung und Entscheidung vorgelegt werden.

### **Bewertung:**

**Das zentrale Ziel des Klimagipfels in Montreal wurde erreicht: der Einstieg in formale Post-2012-Verhandlungen. Besonders bemerkenswert ist, dass es gelang, solche Prozesse auf allen miteinander vernetzten Ebenen in Gang zu setzen. Gemeinsam mit dem bereits im letzten Jahr beschlossenen 5-Jahresplan für Adaptation sind nun alle Prozesse gestartet, die es ermöglichen können, bis 2008/9 zu den notwendigen Abschlüssen zu kommen. (Eigentlich wäre es sinnvoll und notwendig, bis 2008 zu einem Ergebnis zu kommen. Aber der Klimagipfel 2008 findet praktisch zeitgleich mit den US-Wahlen statt. Diese und die ersten Signale der neuen Regierung werden aber in jedem Fall die Bereitschaft vieler Industrie- und Schwellenländer, was die Ernsthaftigkeit ihrer Verpflichtungen angeht, maßgeblich beeinflussen. Deswegen wird hier letztlich eine kreative Lösung gesucht werden müssen, etwa ein Zusatz-Klimagipfel im späten Frühjahr 2009, um die Signale einer neuen US-Regierung - viel mehr als erste Signale wird es bis dann nicht geben - bei der Zielfestlegung mit berücksichtigen zu können.)**

**Die Regierungen, aber auch die NGOs werden nun überlegen müssen, ob man die jetzt getroffenen Beschlüsse beim nächsten Klimagipfel noch in ein konkretes zeitlich terminiertes Mandat münden lässt, oder ob man meint, die jetzigen Beschlüsse seien ein ausreichendes Quasi-Mandat. Zur Erinnerung: Das Berliner Mandat von 1995 war der Startschuss zu den Verhandlungen, die 1997 im Kyoto-Protokoll mündeten.**

## **3 I-plementation**

Der UN-Klimagipfel in Montreal musste nach dem Inkrafttreten der Kyoto-Protokolls am 16. Februar 2005 das Gesamtumsetzungspaket des Kyoto-Protokolls, die sogenannten Marakesh Accords - formal annehmen. Dies gelang - kein Staat wollte das verhandelte Paket wieder aufmachen, alle Kyoto-Staaten akzeptierten es. Im selben Atemzug ist auch eine Einigung über den bei Regelverstoß greifenden Mechanismus für die Kyoto-Verpflichtungen zu nennen. Er besteht aus einer Kombination von Anreiz und Sanktion für Staaten, die die akzeptierten Kyoto-Reduktions- oder Begrenzungsziele verfehlen oder auf dem Weg zum Misserfolg sind.

Es wurde ein Organ zur Erfolgskontrolle (Compliance Committee) eingesetzt und die Mitglieder für seine beiden Abteilungen gewählt. Das Compliance Comitee besteht einerseits aus einer Frühwarninheit, das Staaten unterstützend zur Seite steht, bei denen sich ein Regelverstoß abzeichnet ; und andererseits aus einer weiteren Einheit ("Enforcement Branch") , die auch Sanktionen aussprechen kann<sup>7</sup>. In letzterem Gremium sitzen u.a. der deutsche Völkerrechtler Sebastian Oberthür (lehrt in Brüssel) und der Vorsitzende, der den Klimapipfel in Kyoto 1997 zum Erfolg führte, der Argentinier Raul Estrada-Oyuela.

---

<sup>7</sup> Der Passus zu den Konsequenzen ist im Wortlaut im entsprechenden COP/MOP1-Beschluss zu finden (siehe Anhang 5)

Folgende Konsequenzen werden im Fall eines Regelverstoßes ausgesprochen:

- Verpflichtung zur Aufstellung eines Aktionsplans
- Verschärfung des Zieles für die nächste Verpflichtungsperiode um das 1,3fache der verfehlten Menge (also direkt finanzrelevant)
- Verbot für das Land (und seine Unternehmen), am internationalen Emissionshandel teilzunehmen.

Die COP-MOP (das ist der Konferenzteil, bei dem nur die Kyoto-Ratifizierer Stimmrecht haben, bei dem also die Kyoto-Blockierer, etwa USA und Australien, nur Beobachter sind) hat durch diese Entscheidung den vollen so genannten "Non-Compliance-Mechanismus" in Kraft gesetzt. Es gab einen listigen, wenngleich erfolglosen, Vorschlag des Oberblockierers von Saudi-Arabien, dies in einer offiziellen Ergänzung des Kyoto-Protokolls zu tun. Dies hätte aber bedeutet, dass diese Ergänzung von allen Staaten noch einmal einen Ratifizierungsprozess hätte durchlaufen müssen, der sich vermutlich einige Jahre hingezogen hätte und in Japan auf Verfassungsbedenken gestoßen wäre. Statt dessen hat man den Mechanismus für diese (erste) Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls durch die getroffene Entscheidung der COP-MOP in Kraft gesetzt. Damit ist er völkerrechtlich bindend, auch wenn der Verpflichtungscharakter durch eine Ratifizierung größer wäre. Den Vorschlag einer Kyoto-Ergänzung will man prüfen. Wenn überhaupt, wird dies aber erst eine Option für künftige Verpflichtungsperioden sein.

### **Bewertung:**

**Im Rahmen des Völkerrechts ist das ein relativ scharfer und innovativer Mechanismus für Regelverstöße (auch wenn wir ihn uns noch schärfer gewünscht hätten), wie es ihn bislang noch kein anderes Umweltregime kennt. Er bedarf jedoch der Ergänzung um nationale oder regionale Sanktionsmechanismen, wie dies z.B. durch den EU-Emissionshandel in die Tat umgesetzt wurde.**

## **4 I-improvement**

Einige bereits existierende Mechanismen sollen verbessert werden. Insbesondere auf zwei Bereiche bezog sich dieses Arbeitsprogramm, den so genannten Clean Development Mechanism (CDM) und den Adaptation Fund (Anpassungs-Fonds). Der Versuch, sich auf eine Methodologie zur Erhebung der Emissionsdaten zum (internationalen) Flugverkehr zu einigen, scheiterte.

### **4.1 CDM**

Folgende Ergebnisse gab es bei der Diskussion der Frage der Weiterentwicklung des Clean Development Mechanism, also der Möglichkeit als Industrieland (oder Unternehmen aus diesem) Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern durchzuführen und sich diese Reduktionen auf eigene Verpflichtungen in den Industrieländern anrechnen zu lassen.



Kurzfristig zentral für die Weiterentwicklung des CDM ist, dass es in Montreal gelang, zusätzliches Geld und Mitarbeiter für die geschäftsführende Stelle beim CDM (Executive Board) bereit zu stellen. Denn dieses Gremium ist das Nadelöhr bei der Anerkennung von CDM-Projekten.

Es gibt die Aufforderung des Executive Boards, neue Vorschläge einzureichen, wie die Zusätzlichkeit von CDM-Projekten nachgewiesen werden kann (es geht hier um den Nachweis, dass dieses Projekt ohne CDM nicht stattgefunden hätte). Ebenso sollen Vorschläge zur Verbesserung des existierenden, aber nicht verbindlichen "Additionality Tools" eingereicht werden. Das Gremium (SBSTA) wird die Vorschläge auf seiner 24. Sitzung prüfen und - wenn möglich - genehmigen und auf dem nächsten Klimagipfel (COP/MOP2) darüber berichten.

Bis zum 31. Mai 2006 können Eingaben gemacht werden, um systemische sowie systematische Barrieren für die gleiche regionale Verteilung von CDM-Projekten zu ermitteln sowie Vorschläge, wie diese Barrieren überwunden werden können. Das "Executive Board" wird auch hierüber auf COP/MOP2 (Klimagipfel 2006) berichten.

Der kürzlich vorgenommene Rückzug der Genehmigung des Executive Boards für Methoden, um die Emissionsreduktionen für kleine Projekte zu kalkulieren, die den Brennstoffwechsel von nicht erneuerbaren Brennstoffen zu erneuerbarer Biomasse vorschlagen, hat für erhebliche Aufregung gesorgt. Der Klimagipfel, genauer genommen, die Kyoto-Staaten, haben begrüßt, dass der Executive Board einen öffentlichen Aufruf vorgelegt hat, alternative Methoden für diese Kalkulation vorzulegen. Die Kyoto-Staaten forderten zusätzlich das Executive Board auf, als eine Priorität (wohl auf der Basis der eingereichten Vorschläge) eine vereinfachte Methode für diese Kalkulation vorzulegen<sup>8</sup>.

Einem recht großem Schlupfloch im Rahmen des CDM wurde ein Riegel vorgeschoben. Es bestand die Gefahr, dass durch den CDM ein Anreiz entstehen könnte, neue Produktionsstätten von HCFC-22 einzurichten, in denen das höchst wirksame Treibhausgas HFC-23 zerstört wird. Nun ist diese Zerstörung ja durchaus gewollt. Wird sie aber in neuen HCFC-22 Anlagen vorgenommen, besteht die Gefahr, dass es sich rechnet, in großem Maßstab extra für diesen Zweck zusätzlich aufgebaute Kapazitäten von HFC-23 zu HCFC-22 - mit auch noch beträchtlichem Treibhauspotenzial - umzuwandeln. Die Konferenz der Kyoto-Staaten erkannte dieses von NGOs seit längerem beschriebene Risiko an, "dass die Ausgabe von Emissionszertifikaten für HCF-23 in neuen HCFC-22-Anlagen zu einer höheren Produktion von HCFC-22 und / oder HFC-23 als ohne CDM führen" kann - und schob dem einen Riegel vor.

Auch wurde beschlossen, dass die Prüfung der Frage beginnt, ob die Kohlenstoffabscheidung und -Lagerung (CCS) im Rahmen des CDM zugelassen werden soll. Bis zum 13. Februar 2006 können die Staaten hierzu Eingaben einreichen. Dabei sollen die Fragen der Projektgrenzen, der Gefahr der Freisetzung und die Frage der Dauerhaftigkeit berücksichtig-

sichtigt werden. Auch wurde aufgefordert, Vorschläge für Konzeption und Inhalt des beschlossenen CCS-Workshop im Mai 2006 zu machen. Auf dieser Grundlage soll dann das Executive Board Vorschläge entwickeln. Auf dem nächsten Klimagipfel soll dann die COP/MOP2 entsprechende Weisungen an das Executive Board geben.

Während der sektorale CDM ebenso wie der "Policy CDM" noch nicht zugelassen wurden, gab es grünes Licht für den "Programm-CDM". Dies kann etwa bedeuten, dass ein Programm, das eine bestimmte Art von Projekten generieren will, als CDM-Projekt anerkannt werden kann, auch wenn zu dem Zeitpunkt noch nicht klar ist, wer sich im Rahmen eines solchen Programms um die Teilnahme bewirbt. Der sektorale und sowie der "Policy CDM" sind durch diese Entscheidung nur in der ersten Verpflichtungsperiode nicht genehmigt. Vielmehr zeichnet sich sogar ab, dass diese beiden Instrumente eine große Rolle dabei spielen werden, wie Industrieländer Aktivitäten in Schwellenländern im Rahmen von akzeptierten Verpflichtungen unterstützen können.

## **4.2 Adaptation Fund**

Zum anderen soll der Adaptation Fund ("Klimaänderungs-Anpassungs-Fonds") im Rahmen des Kyoto-Protokolls weiterentwickelt werden. Für die Weiterentwicklung von beiden Bereichen wurden Verhandlungspakete vereinbart. Für spezifische Politikmaßnahmen, Programmprioritäten und Auswahlkriterien für den Anpassungsfonds sollen bereits bis zum 13. Februar 2006 Vorschläge eingereicht werden. Dasselbe Stichtdatum gilt für Vorschläge, wie der Adaptation Fund verwaltet werden soll.

## **4.3 Statistische Basis für Einbezug des Flugverkehrs klären - wieder gescheitert**

Der Versuch, beim am schnellsten wachsende Klimaproblem, dem Flugverkehr, weiterzukommen, scheiterte wieder einmal. Es ist zu hoffen, dass die EU bis zum nächsten Klimagipfel einen Gesetzesentwurf für den Einbezug des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel vorgelegt haben wird<sup>8</sup> und dann als Antreiber für die Einbeziehung des internationalen Luft- (und See-)verkehrs in ein Folgeprotokoll zu Kyoto mit entsprechenden Reduktionsverpflichtungen auftritt. Diesmal stand nach jahrelanger Verzögerungstaktik einiger Staaten erneut die Klärung der statistischen Basis zur Bewertung des Flugverkehrs an. Und sie scheiterte wieder. Es gab einen abgestimmten Text, hinter dem fast alle Staaten des Kyoto-Protokolls standen. Doch als es im Plenum zur Sache ging, wollten Saudi Arabien und Kuwait den gesamten Text zur Disposition stellen und verweigerten einen Konsens. Auch China und Algerien wollten zumindest eine Verschiebung des Punktes. Der Verhandlungsleiter der relevanten Verhandlungsgruppe (SBSTA) folgte - angesichts eines fehlenden Konsenses - dieser Empfehlung.

---

<sup>8</sup> Der entsprechende COP/MOP1-Beschluss im Wortlaut: "29. Welcomes the public call launched by the Executive Board for 'alternative methods for calculating emission reductions for small-scale project activities that propose the switch from nonrenewable to renewable biomass'; 30. Requests the Board to develop, as a priority, a simplified methodology 'for calculating emission reductions for small-scale project activities that propose the switch from non-renewable to renewable biomass'" (Quelle: Decision -/CMP.1 - Further guidance relating to the clean development mechanism)

<sup>9</sup> Der Europäische Rat vom 15./16.12.05 hat die Absicht der Kommission begrüßt, "bis Ende 2006 einen mit einer Folgenabschätzung versehenen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen".

An sich hatten die EU und einige andere Staaten diesen Punkt gut vorbereitet gehabt. Wenn zwei Voraussetzungen erfüllt gewesen wären, hätte der Punkt vom Vorsitzenden wegen fehlenden "good faith" der Saudis und Kuwaits "durchhämmern" können. Zum einen hätte man sicherstellen müssen, dass China diesen Kurs mitträgt. China hatte einer vorherigen Fassung des Papiers zugestimmt und war dann über einige kleine Änderungen verstimmt. Zum anderen hätte man bei der Terminierung der Abstimmung darauf achten müssen, dass diese nicht gerade vor dem Ministersegment liegt, wo dann verärgerte Saudis alles versucht hätten zu blockieren. Diese Gesamtkonstellation lässt hoffen, dass man bei der nächsten Verhandlungsrunde hier vielleicht doch weiterkommen kann.

### **Bewertung:**

**Der Klimagipfel in Montreal brachte nach Jahren des Stillstandes nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls die zweite positive Vorwärtsbewegung im Jahr 2005. Das gesamte Kyoto-Rahmenwerk plus Anreiz- und Sanktionsmechanismus wurden in Kraft gesetzt. Und: Die notwendigen Verhandlungsprozesse wurden gestartet. Damit hat der Klimagipfel von Montreal die in ihn gesetzten Erwartungen voll und ganz erreicht.**

**Man kann diese Ergebnisse mit gutem Recht aus unterschiedlichen Perspektiven mit sehr unterschiedlichem Tenor beurteilen. Einerseits hat die Konferenz angesichts der weltpolitischen Ausgangslage fast das Optimum des jetzt Möglichen erreicht. Andererseits hat das Jahr 2005 - Rekordjahr an Wetterkatastrophen, wärmstes oder zweitwärmstes Jahr der letzten 1000 Jahre, Jahr mit dem höchsten Anstieg (absolut, also in Tonnen CO<sub>2</sub>) an Treibhausgasen - mehr als deutlich gezeigt, dass eine erhebliche Beschleunigung der politischen und ökonomischen Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich ist. Schnell kommt der Klimawandel - langsam ist die Politik. Gemessen an den Notwendigkeiten wäre wesentlich mehr an internationaler Klimapolitik überfällig. Aus Germanwatch-Sicht gebührt vielen VerhandlerInnen großes Lob, dass sie den Klimagipfel zu einem Erfolg geführt haben. Auf der anderen Seite liegt es maßgeblich an der Zivilgesellschaft, den notwendigen Druck zu erzeugen, damit weit mehr an Fortschritten zügig möglich werden. Sinnvoll wäre es, diese beiden Perspektiven konstruktiv aufeinander zu beziehen.**

#### **... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?**

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## 5 Anhang

### **Anhang 1: Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen**

*(Der folgende Text wurde dem vor dem Klimagipfel veröffentlichten Germanwatch-Hintergrundpapier<sup>10</sup> entnommen)*

Die Ausgangsbedingungen für die Verhandlungen zeigen, wie brisant diese zu werden versprechen.

- Die Wissenschaft ist in den letzten drei Jahren wesentlich deutlicher geworden, was die Aussagen über konkrete Gefährdungen durch den globalen Klimawandel angeht. Früher als die meisten Szenarien erwarten ließen, sind in vielen Regionen bereits jetzt deutliche Konsequenzen des Klimawandels zu spüren. So spricht etwa vieles dafür, dass sich der Anstieg der besonders heftigen Hurrikane (Kategorie vier und fünf) um mehr als 50% seit den 70er Jahren ohne den Klimawandel nicht erklären lässt. Vor zwei Jahren hätte noch kein seriöser Wissenschaftler diese Aussage gewagt.
- Der Treibhausgasausstoß ist weltweit im Jahr 2004 so stark gestiegen (in absoluten Zahlen) wie nie zuvor. Ein Protokoll für die Zeit nach 2012 wird nur dann Akzeptanz finden, wenn es die größten Emittenten mit dem zugleich größten Anstieg der Emissionen, also die USA und China, mit einbezieht.
- Es bahnt sich ein - auch von den EU-Staats- und Regierungschefs akzeptierter - durch die Wissenschaft gestützter Konsens an, dass bei einem Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad Celsius (gegenüber 1860) der Klimawandel in großem Maßstab gefährlich wird. Die Staaten der Welt, einschließlich der USA, haben sich in der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) von Rio de Janeiro 1992 verpflichtet, einen solchen Klimawandel abzuwenden. Um einen globalen Temperaturanstieg von 2 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu verhindern, ist weltweit eine Halbierung des Treibhausgasausstoßes gegenüber 1990 bis Mitte des Jahrhunderts notwendig. Ein weiterer Emissionsrückgang muss dann noch folgen.
- Selbst ein Temperaturanstieg von weniger als zwei Grad bringt für zahlreiche Menschen weltweit erhebliche Konsequenzen und Schäden mit sich. Das Jahr 2005 war vermutlich ein neues Rekordjahr, was wetterbedingte Katastrophen angeht. Deswegen verlangen die besonders betroffenen Entwicklungsländer, dass die Unterstützung bei der Anpassung an den Klimawandel gegenüber den bisherigen eher symbolischen Hilfgeldern und unausgereiften Konzepten drastisch erhöht wird. Auch wirtschaftlich schnell wachsende Volkswirtschaften wie China oder Indien nehmen zunehmend die negativen Konsequenzen des Klimawandels als ihre Entwicklung gefährdend wahr.

---

<sup>10</sup> Germanwatch-Hintergrundpapier "UN-Klimagipfel in Montreal: Wie geht es weiter nach 2012?", <http://www.germanwatch.org/rio/c11-hg.htm>

- Die hohen Öl- und Gaspreise und die Dringlichkeit des Klimaproblems haben in den letzten Monaten weltweit die Akzeptanz von Maßnahmen zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energieträgern erheblich gesteigert. Auch technisch noch weniger ausgereifte, eher spekulative neue Technologien wie die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Lagerung rücken als mittelfristige Klimaschutzoption für eine vorübergehende Zeit zunehmend in den Blick .
- Es ist kein Zufall, dass die Nachfolgekonzferenz zur Bonner Renewables 2004 in China stattgefunden hat. China hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, zu einem Weltmarktführer für Energieeffizienz-Technologie und Erneuerbare Energien zu werden, sowohl was den Einsatz als auch was die Herstellung angeht. Zu diesen Anstrengungen gehören auch gesetzliche Rahmensetzungen (Erneuerbare-Energien-Gesetz, Verbrauchsstandards für PKW usw.). China wird zwar vermutlich keine absoluten, von außen gesetzten Grenzen akzeptieren. Aber folgendes Szenario liegt durchaus im Bereich des Möglichen: China setzt sich ein Ziel, wie es z.B. im Verkehrssektor seine Emissionen gegenüber einem Business-as-usual-Szenario reduzieren will. Wenn der Ausstoß unter diesem Szenario (oder verschärft: mindestens x Prozent unter diesem Szenario) bleibt, dann darf es diese Emissionskontingente im Rahmen des weltweiten Emissionshandels verkaufen. Wenn nicht - das ist die einzige „Sanktion“ - dann verliert es diesen möglichen Gewinn. Dieses Modell könnte in der zweiten Verpflichtungsperiode im Rahmen einer Erweiterung des Clean Development Mechanism (sektoraler CDM) oder eines Aktionsziels umgesetzt werden.
- In den USA mehren sich die Anzeichen, dass eine neue Regierung - egal von welcher Partei gestellt - einen weniger ignoranten und destruktiven Kurs verfolgen wird: Die Häufung von heftigen Hurrikanen ist ein Weckruf; der hohe Ölpreis zeigt, dass gerade auch eine Politik, die Energieeffizienz und Erneuerbare Energieträger nicht fördert, eine Gefahr für den American Way of Life werden kann; die US-Versicherungsindustrie und Finanzmarktakteure drängen zunehmend auf Maßnahmen, weil die sich abzeichnenden Konsequenzen (einer weiteren US-amerikanischen Verweigerungshaltung beim Klimaschutz / des globalen Klimawandels) ihnen zu "heiß" werden; immer mehr Bundesstaaten und Kommunen in den USA bewegen sich in Richtung eines ernsthaften Klimaschutzes.

## **Anhang 2: Reuters-Meldung "Thousands March in Montreal to Urge Climate Action"**

### **Thousands March in Montreal to Urge Climate Action**

By *REUTERS*

*Published: December 3, 2005*

*Filed at 5:10 p.m. ET*

MONTREAL (Reuters) - Thousands of environmentalists, some banging drums or dressed as polar bears, marched in Montreal on Saturday to urge the United States and other nations at a U.N. climate conference to do more to curb global warming. "Time is running out," banners proclaimed in a carnival-like rally in freezing temperatures through central Montreal, where many protesters accused the White House of blocking progress on climate change and threatening the world's future.

"We will move the world ahead. We will not wait for (U.S. President) George W. Bush," Elizabeth May of the Sierra Club environmental group told the crowd, estimated at about 6,000 people. "Together we can save the climate. Together we will stop fossil fuels from destroying our future," she said outside the Montreal conference center, where 189 nations are meeting from November 28-December 9 to find ways to halt climate change.

Delegates are discussing the shape of the next phase of the U.N.'s Kyoto Protocol climate pact, but discussions are being hampered between those who back emission reduction targets and outsiders, such as Washington, which are opposed to caps.

Organizers said similar marches were held in 30 cities from Sydney to London to urge governments to lower emissions of heat-trapping gases from burning fossil fuels in factories, power plants and cars.

In Montreal, one man walked on stilts disguised as the grim reaper, while others wore panda or polar bear costumes. "The ice is melting, we're suffering the most, we can't get food," said Gordon Shepherd, a Scottish activist dressed as a polar bear.

Canadian Foreign Minister Pierre Pettigrew and Environment Minister Stephane Dion took part in the march. Some protesters booed the ministers, accusing them of doing too little, but the harshest criticisms were for Bush.

"Wake up USA!," one banner read. "George, you're not alone on this planet!" another said.

In 2001, Bush pulled out of the U.N.'s Kyoto Protocol, which binds about 40 industrial nations to cut emissions of greenhouse gases by 5 percent below 1990 levels by 2008-2012.

### ***Anhang 3: Decision -/CMP.1. Consideration of commitments for subsequent periods...***

(Advance unedited version)

#### **Decision -/CMP.1**

#### **Consideration of commitments for subsequent periods for Parties included in Annex I to the Convention under Article 3, paragraph 9, of the Kyoto Protocol**

*The Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Kyoto Protocol, at its first session,*

*Guided by* Articles 2 and 3 of the Convention,

*Pursuant to* Article 3, paragraph 9, of the Kyoto Protocol,

1. *Decides* to initiate a process to consider further commitments for Parties included in Annex I for the period beyond 2012 in accordance with Article 3, paragraph 9, of the Protocol;
2. *Decides further* that the process shall begin without delay and shall be conducted in an open-ended ad hoc working group of Parties to the Kyoto Protocol, hereby established, which will report to each session of the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Kyoto Protocol on the status of this process;
3. *Agrees* that the group shall aim to complete its work and have its results adopted by the Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Kyoto Protocol as early as possible and in time to ensure that there is no gap between the first and second commitment periods;
4. *Agrees further* that this group will meet for the first time in conjunction with the twenty-fourth sessions of the subsidiary bodies (May 2006) and that subsequent meetings will be scheduled, as necessary, by the group;
5. *Invites* Parties to submit to the secretariat, by 15 March 2006, their views regarding Article 3, paragraph 9, of the Kyoto Protocol, to be compiled and made available to the group prior to its first meeting.



## **Anhang 4: Artikel "Climate Solutions: One world, or none" von K.C. Golden**

### **Climate Solutions: One world, or none**

*By K.C. Golden, Policy Director, Climate Solutions*

The Cascade snowpack was on the negotiating table at the UN Conference on Climate Change in Montreal last week. Glaciers were at stake. Water availability hung in the balance. The frequency of forest fires; salmon and hydropower on the Columbia; agriculture in Eastern Washington -- it was all on the line.

As the negotiations in Montreal proved, stabilizing the climate requires a comprehensive global campaign for both clean energy and poverty reduction. One of the reasons the U.S. federal government says it won't sign the Kyoto Protocol is because the plan does not initially require emission reductions from developing countries. But the have-nots are understandably more focused on escaping poverty than reducing emissions.

So the global climate agreement creates an ingenious chain of interdependence between climate solutions and economic security. First, the rich nations reduce their emissions, using a market-based system that creates incentives for new, clean technology. They can also make investments that promote clean development in poor nations -- and use the resulting emission reductions as credit toward their own goals. As clean technologies and sustainable prosperity spread, developing countries will be able to adopt their own emission reduction targets. But they won't have to stay poor to do it.

It's a brilliant system, but everybody has to play or it won't work. If the developed nations don't cut emissions and invest in new technologies, the developing countries won't have the tools for sustainable economic growth. And if developing countries don't ultimately cut emissions too, political support in the developed world will fizzle.

In Montreal, the official delegation from the U.S. broke this fragile chain. On behalf of the richest nation -- where 4% of the people produce 24% of the problem -- our federal government actually walked out in the late hours of the negotiations.

Yet despite the odds, the community of nations was able to forge a new link with the real America -- a constructive, engaged, responsible America that wants to be part of the solution. This America was represented by committed citizens -- mayors and legislators; businesses and civic groups; scientists and religious leaders. Bill Stallworth, a City Councilman from Biloxi Mississippi, was there -- nobody wanted to argue about climate science with a guy whose town just got eaten by Katrina. He was all about solutions.

Seattle Mayor Greg Nickels was one of the most effective ambassadors for this forward-looking America. He led a contingent of Mayors representing 195 U.S. cities that pledged to meet the goals of the international treaty. He spoke for a growing bi-partisan majority in the U.S. that wants solutions now.



Local leaders came to Montreal to show that many parts of the U.S. are already hard at work building our clean energy economy and reducing emissions. They showed the face of an America that values innovation and collaboration, an America that is working toward a more secure future with less dependence on fossil fuels. This America stood in stark contrast to the can't-do posture of our federal government.

State officials came too, representing states that rank among the world's largest economies. They described how much of the U.S., led by California, is requiring automakers to reduce global warming pollution from new cars. Northeast states discussed their innovative new market system for reducing carbon dioxide from power plants.

These forward-looking states are concerned that if the U.S. doesn't adopt a responsible climate policy, we may become the General Motors of nations -- inefficient, outdated, and uncompetitive -- while other nations reap the rewards of investment in solutions. Led by a bi-partisan coalition of Governors, they have decided not to wait for federal action.

State and local leaders were persuasive in Montreal in part because they are on the front lines of climate impacts. When the snow doesn't fall or the storm surge hits, they feel the pain and pay the costs. But the real power of their message was in their actions. They are implementing practical climate solutions, and those solutions are helping them build healthier, more livable, more prosperous communities. They are saving energy and money, tackling traffic, cutting waste, and reducing their dependence on fossil fuels. They are positioning for success in a low-carbon, clean energy future.

It's difficult to overstate how frustrated and discouraged the rest of the world is by our federal government's appalling unwillingness to cooperate in the global effort. And yet, buoyed by the commitment of our nation's local climate leaders, the community of nations resolved to move forward.

The real story from Montreal isn't that our federal government stiffed the world -- that's old news. The inspiring truth is that while our federal negotiators walked out, a new America walked in for the world to see: states, cities, businesses and citizens from all over the United States who are committed to this urgent campaign for solutions.

**Anhang 5: Decision -/CMP.1. Procedures and mechanisms relating to compliance under the Kyoto Protocol. - XV. Consequences applied by the Enforcement Branch**

(Advance unedited version)

**Decision -/CMP.1**

**Procedures and mechanisms relating to compliance under the Kyoto Protocol**

[...]

**XV. Consequences applied by the Enforcement Branch**

1. Where the enforcement branch has determined that a Party is not in compliance with Article 5, paragraph 1 or paragraph 2, or Article 7, paragraph 1 or paragraph 4, of the Protocol, it shall apply the following consequences, taking into account the cause, type, degree and frequency of the non-compliance of that Party:

(a) Declaration of non-compliance; and

(b) Development of a plan in accordance with paragraphs 2 and 3 below.

2. The Party not in compliance under paragraph 1 above, shall, within three months after the determination of non-compliance, or such longer period that the enforcement branch considers appropriate, submit to the enforcement branch for review and assessment a plan that includes:

(a) An analysis of the causes of non-compliance of the Party;

(b) Measures that the Party intends to implement in order to remedy the non-compliance;

and

(c) A timetable for implementing such measures within a time frame not exceeding twelve months which enables the assessment of progress in the implementation.

3. The Party not in compliance under paragraph 1 above shall submit to the enforcement branch progress reports on the implementation of the plan on a regular basis.

4. Where the enforcement branch has determined that a Party included in Annex I does not meet one or more of the eligibility requirements under Articles 6, 12 and 17 of the Protocol, it shall suspend the eligibility of that Party in accordance with relevant provisions under those articles. At the request of the Party concerned, eligibility may be reinstated in accordance with the procedure in section X, paragraph 2.

5. Where the enforcement branch has determined that the emissions of a Party have exceeded its assigned amount, calculated pursuant to its quantified emission limitation or reduction commitment inscribed in Annex B to the Protocol and in accordance with the provisions of Article 3 of the Protocol as well as the modalities for the accounting of assigned amounts under Article 7, paragraph 4, of the Protocol, taking into account emission reduction units, certified emission reductions, assigned amount units and removal

units the Party has acquired in accordance with section XIII, it shall declare that that Party is not in compliance with its commitments under Article 3, paragraph 1, of the Protocol, and shall apply the following consequences:

(a) Deduction from the Party's assigned amount for the second commitment period of a number of tonnes equal to 1.3 times the amount in tonnes of excess emissions;

(b) Development of a compliance action plan in accordance with paragraphs 6 and 7 below;

and

(c) Suspension of the eligibility to make transfers under Article 17 of the Protocol until the Party is reinstated in accordance with section X, paragraph 3 or paragraph 4.

6. The Party not in compliance under paragraph 5 above shall, within three months after the determination of non-compliance or, where the circumstances of an individual case so warrant, such longer period that the enforcement branch considers appropriate, submit to the enforcement branch for review and assessment a compliance action plan that includes:

(a) An analysis of the causes of the non-compliance of the Party;

(b) Action that the Party intends to implement in order to meet its quantified emission limitation or reduction commitment in the subsequent commitment period, giving priority to domestic policies and measures; and

(c) A timetable for implementing such action, which enables the assessment of annual progress in the implementation, within a time frame that does not exceed three years or up to the end of the subsequent commitment period, whichever occurs sooner. At the request of the Party, the enforcement branch may, where the circumstances of an individual case so warrant, extend the time for implementing such action for a period which shall not exceed the maximum period of three years mentioned above.

7. The Party not in compliance under paragraph 5 above shall submit to the enforcement branch a progress report on the implementation of the compliance action plan on an annual basis.

8. For subsequent commitment periods, the rate referred to in paragraph 5 (a) above shall be determined by an amendment.

[...]

# Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Gerechter Welthandel und faire Chancen für Entwicklungsländer durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn  
Dr.Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin  
Voßstr. 1  
D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

## Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)  
Zahlungsweise:  jährlich  vierteljährlich  monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von  
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut .....

BLZ .....

Kontonummer .....

Unterschrift .....